

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
UND ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE

[2020/204944]

19. NOVEMBER 2020 — Ausführungszusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss

Aufgrund der Verfassung, Artikel 39 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92*bis* § 1, eingefügt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988 und zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 55*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 1993 und abgeändert durch das Gesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets des Wallonischen Parlaments vom 6. Mai 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche, Artikel 29 § 4, 51 § 4 und 57;

In der Erwägung, dass das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft damit beauftragt, gewisse Bestimmungen im gegenseitigen Einvernehmen zu präzisieren, die im Zusammenhang mit dem gemischten Berufungsausschuss stehen, der zuständig für die im deutschen Sprachgebiet gegen eine Globalgenehmigung oder eine integrierte Genehmigung gerichteten Beschwerden ist;

Die Wallonische Regierung in der Person des Ministerpräsidenten, in der Person des Ministers, der die Raumordnung und die Wirtschaft in seinen Zuständigkeiten hat, in der Person des Ministers, der die Mobilität in seinen Zuständigkeiten hat, und in der Person der Ministerin, die die Umwelt in ihren Zuständigkeiten hat;

Und

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in der Person des Ministerpräsidenten und des Ministers, der die Raumordnung in seinen Zuständigkeiten hat;

Haben das Nachfolgende vereinbart:

KAPITEL 1 — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens versteht man unter:

1. Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019: das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche;

2. Globalgenehmigung: die Globalgenehmigung gemäß Artikel 2 Nummer 6 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019;

3. Betrieb der Klassen 1 oder 2: der Betrieb der Klassen 1 oder 2 gemäß Artikel 2 Nummer 10 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019;

4. Integrierte Genehmigung: die integrierte Genehmigung gemäß Artikel 2 Nummer 15 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019;

5. Projekt einer Handelsniederlassung: das Projekt einer Handelsniederlassung gemäß Artikel 2 Nummer 18 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019;

6. Gemischter Berufungsausschuss: der gemischte Berufungsausschuss gemäß Artikel 55 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019.

KAPITEL 2 — Modalitäten zur Untersuchung des gegen eine Global- oder integrierte Genehmigung gerichteten Einspruchs

Art. 2 - Der Einspruch gemäß den Artikeln 29 oder 51 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 wird dem gemischten Berufungsausschuss an seinen innerhalb des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelegenen Sitz in fünffacher Ausfertigung übermittelt, mittels eines Formulars, dessen Muster sich in Anhang befindet.

Art. 3 - Der Einspruch wird vom Einsprucherheber unterzeichnet und umfasst mindestens die folgenden Angaben:

1. vollständige Personalien des Einsprucherhebers, darunter seinen Namen, seinen Vornamen und seine Anschrift; falls es sich bei dem Einsprucherheber um eine juristische Person handelt, ihre Bezeichnung oder ihren Gesellschaftsnamen, ihre Rechtsform, die Anschrift des Gesellschaftssitzes, sowie Namen, Vornamen, Anschrift und Eigenschaft der zur Einreichung des Einspruchs bevollmächtigten Person;

2. vollständige Personalien der mit der Bearbeitung der Akte beauftragten Kontaktperson;
3. Bezugsdaten, Gegenstand und Datum des angefochtenen Beschlusses;
4. Beschreibung des Projekts;
5. das Interesse des Einsprucherhebers an der Einreichung des Einspruchs in den in den Artikeln 29 § 1 Absatz 1 Nummer 3 oder 51 § 1 Nummer 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 genannten Fällen;
6. die gegen die angefochtene Entscheidung angeführten Rechtsmittel;
7. ggf. einen Antrag auf Anhörung des Einsprucherhebers durch den gemischten Berufungsausschuss.

Art. 4 - Sofort nach Eingang des Einspruchs wird eine Abschrift des Einspruchs übermittelt an:

1. die für die Ausstellung der Globalgenehmigung oder der integrierten Genehmigung in erster Instanz zuständige Behörde;
2. der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten;
3. den Antragsteller, wenn dieser nicht der Einsprucherheber ist;
4. das Gemeindekollegium der Gemeinden, auf deren Gebiet eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, außer wenn diese die Einsprucherheber sind.

Art. 5 - § 1 - Ab dem Erhalt der Abschrift des Einspruchs übermittelt die für die Ausstellung der Genehmigung in erster Instanz zuständige Behörde dem gemischten Berufungsausschuss:

1. die Bescheinigung, in der der Anschlag des Beschlusses bestätigt wird, wenn es sich bei der zuständigen Behörde um das Gemeindekollegium handelt;
2. den Beleg der in den Artikeln 26 § 1 oder 46 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 erwähnten Zustellung;
3. gegebenenfalls jedes auf den zusammenfassenden Bericht gemäß den Artikeln 25 oder 45 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 folgende Gutachten.

Ab dem Erhalt der Abschrift des Einspruchs gemäß Artikel 4 Nummer 4 übermittelt das Gemeindekollegium einer jeden Gemeinde, auf deren Gebiet eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, dem gemischten Berufungsausschuss ebenfalls die Bescheinigung, in der der Anschlag des Beschlusses in dieser Gemeinde bestätigt wird.

§ 2 - Die Öffentlichkeit wird gemäß den in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich vorgesehenen Modalitäten von dem Einspruch in Kenntnis gesetzt.

Art. 6 - Der gemischte Berufungsausschuss teilt dem Einsprucherheber das Datum, die Uhrzeit und den Ort seiner Anhörung mit, wenn er diese beantragt hat.

Der Ausschuss kann den Antragsteller, wenn dieser nicht der Einsprucherheber ist, die in Artikel 7 § 1 erwähnten Instanzen sowie jede Behörde anhören, die er für angebracht hält.

Diese Anhörungen können per Videokonferenz erfolgen.

Art. 7 - § 1 - Der Ausschuss kann insbesondere folgende Instanzen befragen:

1. die Wallonische Regierung oder die von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten;
2. die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten;
3. das "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region, wenn der Einspruch eine integrierte Genehmigung betrifft;
4. die betroffene(n) Gemeinde(n);
5. den Antragsteller.

Die zu Rate gezogenen Instanzen übermitteln ihr Gutachten:

1. binnen 40 Tagen ab Versand des Antrags auf Begutachtung im Falle eines Einspruchs gegen:
 - a) einen Betrieb der Klasse 2 und/oder,
 - b) das Projekt einer Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von weniger als 2.500 m²;
2. binnen 60 Tagen ab Versand des Antrags auf Begutachtung im Falle eines Einspruchs gegen:
 - a) einen Betrieb der Klasse 1 und/oder,
 - b) das Projekt einer Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 2.500 m².

§ 2 - Die angefragten Gutachten enthalten mindestens folgende Angaben:

1. die Identifizierung der zu Rate gezogenen Instanz;
2. die Referenzen des Projekts;
3. Name, Vorname und Eigenschaft des Verfassers des Gutachtens;
4. die Beschreibung der Auswirkungen des Projekts;
5. die Untersuchung der Zweckmäßigkeit des Projekts in Anbetracht der Zuständigkeiten der zu Rate gezogenen Instanz;

6. im Falle eines günstigen Gutachtens: die eventuellen zusätzlichen Bedingungen, die in den Zuständigkeitsbereich der zu Rate gezogenen Instanz fallen und denen die Bewirtschaftung des Betriebs oder die Handelsniederlassung unterzogen werden sollte;

7. im Falle eines ungünstigen Gutachtens: die Rechtfertigungsgründe.

Das in Artikel 51 § 4 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 erwähnte Gutachten des "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region enthält für jedes in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region im Bereich der Handelsniederlassungen erwähnte Kriterium eine gesonderte Bewertung und schließt danach mit einer globalen Bewertung ab.

Art. 8 - Der gemischte Berufungsausschuss notifiziert dem Einsprucherheber seinen Beschluss gemäß den Artikeln 29 § 5 oder 51 § 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 und übermittelt eine Abschrift an:

1. die in erster Instanz zuständige Behörde;
2. den Antragsteller, wenn dieser nicht der Einsprucherheber ist;
3. das Gemeindegremium der Gemeinden, auf deren Gebiet eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wurde;
4. die Behörden und Instanzen, die innerhalb der im Laufe des Verfahrens vorgeschriebenen Frist ein Gutachten abgegeben haben;
5. das "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region, wenn der Einspruch eine integrierte Genehmigung betrifft;
6. die Öffentliche Gesellschaft für Wasserbewirtschaftung, wenn der Einspruch eine Globalgenehmigung und ein kraft der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung eingestuftes individuelles Klärsystem betrifft;
7. die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten;
8. an den gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region im Bereich Umweltgenehmigung mit der Überwachung beauftragten Beamten, wenn der Einspruch eine Globalgenehmigung betrifft.

Art. 9 - Die Öffentlichkeit wird gemäß den in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich vorgesehenen Modalitäten von dem infolge des Einspruchs gefassten Beschluss in Kenntnis gesetzt.

KAPITEL 3 — *Arbeitsweise des gemischten Berufungsausschusses*

Art. 10 - Den Mitgliedern des gemischten Berufungsausschusses wird bei ihren Arbeiten von einem Sekretariat beigegeben. Gemäß Artikel 56 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 wird das Sekretariat durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet.

Art. 11 - Das Sekretariat stellt alle Unterlagen bezüglich der Arbeiten des gemischten Berufungsausschusses zusammen und führt alle für dessen reibungslosen Arbeitsablauf zweckdienlichen Aufgaben aus.

Art. 12 - § 1 - Der gemischte Berufungsausschuss tagt auf Einberufung dessen Vorsitzenden oder seines Vertreters.

§ 2 - Jede Akte wird von dem Sekretariat vorgestellt. Um die Prüfung der Berufung vorbereiten zu können, übermittelt das Sekretariat vor der Versammlung eine Zusammenfassung der Akte, die der Tagesordnung beigefügt wird.

Art. 13 - § 1 - Die Beschlüsse des gemischten Berufungsausschusses sind nur dann gültig, wenn alle Mitglieder oder ihre Vertreter anwesend sind. Der gemischte Berufungsausschuss tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, unbeschadet der möglichen Anhörungen.

§ 2 - Der Vorsitzende, die Mitglieder des gemischten Berufungsausschusses oder ihre jeweiligen Vertreter, die für eine Akte keine genügenden Unparteilichkeitsgarantien bieten, haben sich vor der Untersuchung der Akte für befangen zu erklären.

§ 3 - Die Beschlüsse des gemischten Berufungsausschusses werden auf kollegiale Weise gefasst.

Art. 14 - Der gemischte Berufungsausschuss legt eine Geschäftsordnung fest, die der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Genehmigung unterbreitet wird.

KAPITEL 4 — *Schlussbestimmung*

Art. 15 - Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgestellt in Namur, den 19. November 2020, in sechs französischen und deutschen Originalexemplaren.

Für die Wallonische Region:

Der Ministerpräsident

E. DI RUPO

Der Vizepräsident und Minister für Wirtschaft, Außenhandel, Forschung und Innovation, digitale Technologien, Raumordnung, Landwirtschaft, das IFAPME und die Kompetenzzentren

W. BORSUS

Der Vizepräsident und Minister für Klima, Energie und Mobilität

Ph. HENRY

Die Ministerin für Umwelt, Natur, Forstwesen, ländliche Angelegenheiten und Tierschutz

C. TELLIER

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Anhang zum Ausführungszusammenarbeitsabkommen vom 19. November 2020 zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss

Formular zur Einreichung eines Einspruchs gegen eine Global- oder integrierte Genehmigung, die in Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 erteilt wurde [1]

Dieses Formular muss in fünffacher Ausfertigung unter folgender Anschrift eingereicht werden:

Gemischter Berufungsausschuss

c/o Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gospertstraße 1

4700 Eupen

1. Auskünfte über den Einsprucherheber

1.1 Der Einsprucherheber ist eine natürliche Person

Name:

Vorname:

NISS (Nationalregisternummer):

Anschrift:

.....

Telefon:

Fax:

E-Mail:

1.2 Der Einsprucherheber ist eine juristische Person

Privatrechtliche juristische Person

Juristische Person öffentlichen Rechts

Bezeichnung oder Gesellschaftsname:

Rechtsform:

ZDU-Nummer:

Anschrift des Gesellschaftssitzes:

.....

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Zur Einreichung des Einspruchs bevollmächtigten Person:

Name:

Vorname:

Funktion:

1.3 Eigenschaft des Einsprucherhebers

Antragsteller oder Vertreter

Zuständiger Beamter der Wallonischen Region

Zuständiger Beamter der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Interesse habender Dritter

Gemeindebehörde - die nicht die zuständige Behörde für die angefochtene Entscheidung ist - auf deren Gebiet sich das Projekt ganz oder teilweise erstreckt

Gemeindebehörde - die nicht die zuständige Behörde für die angefochtene Entscheidung ist - auf deren Gebiet eine öffentliche Untersuchung durchgeführt wurde, aber sich das Projekt nicht erstreckt

1.4 Vertreter / Kontaktperson

Name:

Vorname:

Anschrift:

.....

Telefon:

Fax:

E-Mail:

2. Auskünfte über die angefochtene Entscheidung

Globalgenehmigung (Städtebau - Umwelt)

Integrierte Genehmigung (Städtebau - Handelsniederlassung - Umwelt*)

* gegebenenfalls

Referenznummer der Entscheidung:

Datum der Entscheidung:

Urheber der Entscheidung:

Gegenstand der Entscheidung:

Genehmigung

Verweigerung

Abwesenheit einer Entscheidung (implizite Verweigerung)

3. Auskünfte über das Projekt

Gebräuchlicher Name des Betriebs oder Geländes:

Art des Betriebs oder Projekts:

Name des Betreibers oder Antragstellers:

Standort:

.....

4. *Interesse des Einsprucherhebers, wenn dieser ein Dritter ist*

.....

5. *Gegen die angefochtene Entscheidung angeführte Rechtsmittel*

.....

Dieses Formular kann durch alle Unterlagen vervollständigt werden, die der Einsprucherheber für nützlich erachtet.

Antrag auf Anhörung vor dem gemischten Berufungsausschuss:

Ja

Nein

Der Unterzeichner versichert an Eides statt, dass die im vorliegenden Dokument erwähnten Auskünfte aktuell, richtig und vollständig sind.

Name:

Vorname:

Ort und Datum:

(Unterschrift)

Gesehen, um dem Ausführungszusammenarbeitsabkommen vom 19. November 2020 zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss beigefügt zu werden.

Ausgestellt in Namur, den 19. November 2020

Für die Wallonische Region:

Der Ministerpräsident

E. DI RUPO

Der Vizepräsident und Minister für Wirtschaft, Außenhandel, Forschung und Innovation, digitale Technologien, Raumordnung, Landwirtschaft, das IFAPME und die Kompetenzzentren

W. BORSUS

Der Vizepräsident und Minister für Klima, Energie und Mobilität

Ph. HENRY

Die Ministerin für Umwelt, Natur, Forstwesen, ländliche Angelegenheiten und Tierschutz

C. TELLIER

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

—
Fußnote

[1] Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche (Artikel 29 und 51).

Für die Modalitäten des Einspruchs, siehe das Ausführungszusammenarbeitsabkommen vom 19. November 2020 zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE
 ET SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2020/204944]

19 NOVEMBRE 2020. — Accord de coopération d'exécution entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégrés

Vu la Constitution, les articles 39 et 139;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 92bis, § 1^{er}, inséré par la loi spéciale du 8 août 1988 et modifié en dernier lieu par la loi spéciale du 6 janvier 2014;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 55bis, inséré par la loi du 5 mai 1993 et modifié par la loi du 6 janvier 2014;

Vu le décret du Parlement de la Communauté germanophone du 29 avril 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes;

Vu le décret du Parlement wallon du 6 mai 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes;

Vu l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, les articles 29, § 4, 51, § 4, et 57;

Considérant que l'accord de coopération du 14 novembre 2019 charge le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone de préciser, de commun accord, certaines dispositions en lien avec la commission mixte de recours compétente pour statuer sur les recours dirigés à l'encontre d'un permis unique ou d'un permis intégré sur le territoire de la région de langue allemande;

le Gouvernement wallon en la personne du Ministre-Président, en la personne du Ministre qui a l'aménagement du territoire et l'économie dans ses attributions, en la personne du Ministre qui a la mobilité dans ses attributions et en la personne de la Ministre qui a l'environnement dans ses attributions,

et

le Gouvernement de la Communauté germanophone en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre qui a l'aménagement du territoire dans ses attributions,

Ont convenu ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent accord de coopération, il faut entendre par :

1^o accord de coopération du 14 novembre 2019 : l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes;

2^o permis unique : le permis unique visé à l'article 2, 6^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

3^o établissement de classe 1 ou de classe 2 : l'établissement de classe 1 ou de classe 2 visé à l'article 2, 10^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

4^o permis intégré : le permis intégré visé à l'article 2, 15^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

5^o projet d'implantation commerciale : le projet d'implantation commerciale visé à l'article 2, 18^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

6^o commission mixte de recours : la commission mixte de recours visée à l'article 55 de l'accord de coopération du 14 novembre 2019.

CHAPITRE 2. — Modalités d'instruction du recours à l'encontre d'un permis unique ou intégré

Art. 2. Le recours visé à l'article 29 ou à l'article 51 de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 est envoyé à la commission mixte de recours en cinq exemplaires, en son siège situé au sein du Ministère de la Communauté germanophone au moyen du formulaire adéquat dont le modèle figure à l'annexe.

Art. 3. Le recours est signé par le requérant et comprend au minimum les informations suivantes :

1^o l'identification complète du requérant dont son nom, prénom et adresse; si le requérant est une personne morale, sa dénomination ou sa raison sociale, sa forme juridique, l'adresse du siège social ainsi que les nom, prénom, adresse et qualité de la personne mandatée pour introduire le recours;

2^o l'identification complète de la personne de contact pour le suivi du dossier;

3^o les références, l'objet et la date de la décision attaquée;

4^o l'identification du projet;

5^o l'intérêt du requérant à l'introduction du recours dans les cas visés à l'article 29, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o, ou à l'article 51, § 1^{er}, 3^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

6^o les moyens développés à l'encontre de la décision attaquée;

7^o le cas échéant, une demande d'audition du requérant par la commission mixte de recours.

Art. 4. Dès réception du recours, une copie du recours est transmise :

1^o à l'autorité compétente pour délivrer le permis unique ou le permis intégré en première instance;

2^o aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables;

3^o au demandeur, si celui-ci n'est pas l'auteur du recours;

4^o au collège communal des communes où une procédure de participation du public a été organisée, sauf dans l'hypothèse où ils sont les auteurs du recours.

Art. 5. § 1^{er}. Dès réception de la copie du recours, l'autorité compétente pour délivrer le permis en première instance, transmet à la commission mixte de recours :

1^o l'attestation certifiant l'affichage de la décision lorsque l'autorité compétente est le collège communal;

2^o la preuve de la notification visée à l'article 26, § 1^{er}, ou à l'article 46, § 1^{er}, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019;

3^o le cas échéant, tout avis postérieur au rapport de synthèse visé à l'article 25 ou à l'article 45 de l'accord de coopération du 14 novembre 2019.

Dès réception de la copie du recours conformément à l'article 4, 4^o, le collège communal de chaque commune sur le territoire de laquelle une procédure de participation du public a été organisée transmet également à la commission mixte de recours l'attestation certifiant l'affichage de la décision dans cette commune.

§ 2. Le recours est porté à la connaissance du public selon les modalités prévues par la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement.

Art. 6. La commission mixte de recours informe le requérant de la date, de l'heure et du lieu de son audition lorsqu'il a demandé à être entendu.

La commission peut entendre le demandeur, si celui-ci n'est pas l'auteur du recours, les instances visées à l'article 7, § 1^{er}, ainsi que toute autorité qu'elle juge utile.

Ces auditions peuvent avoir lieu par vidéoconférence.

Art. 7. § 1^{er}. La commission mixte de recours peut solliciter notamment :

- 1° le Gouvernement wallon ou les fonctionnaires désignés par celui-ci selon la législation applicable;
- 2° le Gouvernement de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par celui-ci selon la législation applicable;
- 3° l'Observatoire du Commerce de la Région wallonne, lorsque le recours vise un permis intégré;
- 4° la ou les commune(s) concernées;
- 5° le demandeur.

Les instances consultées envoient leur avis dans un délai de :

1° quarante jours à dater de l'envoi de la demande d'avis si le recours concerne :

- a) un établissement de classe 2 et/ou,
- b) un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale de moins de 2 500 m²;

2° soixante jours à dater l'envoi de la demande d'avis si le recours concerne :

- a) un établissement de classe 1 et/ou,
- b) un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale égale ou supérieure à 2 500 m².

§ 2. L'avis requis contient au minimum les informations suivantes :

- 1° l'identification de l'instance consultée;
- 2° les références du projet;
- 3° les noms, prénom et qualité de l'auteur de l'avis;
- 4° la description des incidences du projet;
- 5° l'examen de l'opportunité du projet au regard des compétences de l'instance consultée;
- 6° en cas d'avis favorable, les conditions qui relèvent de la compétence de l'instance consultée, et auxquelles devrait être soumis l'exploitation de l'établissement ou le projet d'implantation commerciale;
- 7° en cas d'avis défavorable, les motifs qui le justifient.

L'avis de l'Observatoire du Commerce de la Région wallonne visé à l'article 51, § 4, alinéa 2, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 comprend pour chaque critère de délivrance prévu par la législation applicable en Région wallonne relative aux implantations commerciales, une évaluation distincte et conclut ensuite par une évaluation globale.

Art. 8. La commission mixte de recours notifie sa décision au requérant conformément à l'article 29, § 5, ou à l'article 51, § 5, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 et en envoie une copie :

- 1° à l'autorité compétente en première instance;
- 2° au demandeur, si celui-ci n'est pas l'auteur du recours;
- 3° au collège communal des communes sur le territoire desquelles une procédure de participation du public a été organisée;
- 4° aux autorités et instances qui ont émis un avis dans le délai imparti au cours de la procédure;
- 5° à l'Observatoire du Commerce de la Région wallonne, lorsque le recours vise un permis intégré;
- 6° à la Société publique de gestion de l'eau, lorsque le recours vise un permis unique et la demande de permis concerne un système d'épuration individuelle en vertu de la législation applicable en Région wallonne;
- 7° aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables;
- 8° au fonctionnaire chargé de la surveillance tel prévu dans la législation applicable en Région wallonne en matière de permis d'environnement, lorsque le recours vise un permis unique.

Art. 9. La décision sur recours est portée à la connaissance du public selon les modalités prévues par la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement.

CHAPITRE 3. — *Fonctionnement de la commission mixte de recours*

Art. 10. Les membres de la commission mixte de recours sont assistés dans leurs travaux par un secrétariat. Conformément à l'article 56, alinéa 3, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019, le secrétariat est assuré par le Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 11. Le secrétariat réunit la documentation relative aux travaux de la commission mixte de recours et il remplit toutes les missions utiles à son bon fonctionnement.

Art. 12. § 1^{er}. La commission mixte de recours se réunit sur convocation de son président ou de son délégué.

§ 2. Chaque dossier est présenté par le secrétariat. Afin de pouvoir préparer l'examen du recours, le secrétariat fait parvenir préalablement à la réunion une version condensée du dossier annexée à l'ordre du jour.

Art. 13. § 1^{er}. La commission mixte de recours ne délibère valablement que si tous les membres ou leurs délégués sont présents. La commission mixte de recours siège à huis clos sans préjudice des auditions possibles.

§ 2. Le président, les membres de la commission mixte de recours ou leurs délégués respectifs qui, à propos d'un dossier, n'offrent pas de garanties d'impartialité suffisantes doivent se récuser avant l'examen du dossier.

§ 3. Les décisions de la commission mixte de recours sont prises de manière collégiale.

Art. 14. La commission mixte de recours établit un règlement d'ordre intérieur qui est soumis à l'approbation des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 4. — *Disposition finale*

Art. 15. Le présent accord de coopération d'exécution entre en vigueur le jour de sa signature.

Fait à Namur, le 19 novembre 2020, en six exemplaires originaux en français et en allemand.

Pour la Région wallonne :

Le Ministre-Président,

E. DI RUPO

Le Vice-Président et Ministre de l'Economie, du Commerce extérieur, de la Recherche et de l'Innovation, du Numérique, de l'Aménagement du territoire, de l'Agriculture, de l'IFAPME et des Centres de compétences,

W. BORSUS

Le Vice-Président et Ministre du Climat, de l'Energie et de la Mobilité,

Ph. HENRY

La Ministre de l'Environnement, de la Nature, de la Forêt, de la Ruralité et du Bien-être animal,

C. TELLIER

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

Annexe à l'accord de coopération d'exécution du 19 novembre 2020 entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégrés

Formulaire d'introduction d'un recours à l'encontre d'un permis unique / intégré délivré en application de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 [1]

Adresse à laquelle ce formulaire doit être introduit en cinq exemplaires :

Commission mixte de recours

p/o Ministère de la Communauté germanophone

Rue Gospert 1

4700 Eupen

1. Informations sur l'auteur du recours

1.1 Si l'auteur est une personne physique

Nom :

Prénom :

NISS (numéro du registre national) :

Adresse :

Téléphone :

Fax :

E-Mail :

1.2 Si l'auteur est une personne morale

Personne morale de droit privé

Personne morale de droit public

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Numéro BCE :

Adresse du siège social :

Téléphone :

Fax :

E-Mail :

Personne mandatée pour introduire le recours :

Nom :

Prénom :

Fonction :

1.3 Qualification de l'auteur du recours

Demandeur du permis ou représentant

Fonctionnaire compétent de la Région wallonne

Fonctionnaire compétent de la Communauté germanophone

Tiers intéressé

Autorité communale - qui n'est pas l'autorité compétente auteure de la décision attaquée - sur le territoire de laquelle s'étend en tout ou en partie le projet

Autorité communale - qui n'est pas l'autorité compétente auteure de la décision attaquée - sur le territoire de laquelle une enquête publique a été réalisée mais sur le territoire de laquelle l'établissement en projet ne s'étend pas

1.4 Représentant / personne de contact

Nom :

Prénom :

Adresse :

Téléphone :

Fax :

E-Mail :

2. Informations sur la décision attaquée

Permis unique (urbanisme - environnement)

Permis intégré (urbanisme - implantation commerciale - environnement*)

* le cas échéant

Numéro de référence de la décision :

Date de la décision :

Auteur de la décision :

Objet de la décision :

octroi

refus

absence de décision (refus tacite)

3. Information sur le projet

Nom usuel de l'établissement ou du site :

Nature de l'établissement ou du projet :

Nom de l'exploitant ou du demandeur de permis :

Localisation :

4. Intérêt de l'auteur du recours si celui-ci est une partie tierce

.....

.....

5. Moyens développés à l'encontre de la décision attaquée

.....

.....

Ce formulaire peut être complété par tout document que l'auteur du recours juge utile.

Demande d'audition devant la commission mixte de recours :

oui

non

Le soussigné déclare sur l'honneur que les renseignements mentionnés dans le présent document sont actuels, exacts et complets.

Nom :

Prénom :

Lieu et date :

(Signature)

Vu pour être annexé à l'accord de coopération d'exécution du 19 novembre 2020 entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégré.

Fait à Namur, le 19 novembre 2020.

Pour la Région wallonne :

Le Ministre-Président,

E. DI RUPO

Le Vice-Président et Ministre de l'Economie, du Commerce extérieur, de la Recherche et de l'Innovation, du Numérique, de l'Aménagement du territoire, de l'Agriculture, de l'IFAPME et des Centres de compétences,

W. BORSUS

Le Vice-Président et Ministre du Climat, de l'Energie et de la Mobilité,

Ph. HENRY

La Ministre de l'Environnement, de la Nature, de la Forêt, de la Ruralité et du Bien-être animal,

C. TELLIER

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

—————
Note

[1] Accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes (Articles 29 et 51).

Pour les modalités du recours, voy. l'accord de coopération d'exécution du 19 novembre 2020 entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégrés.